



SDA-Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 20. September 2021

Der Kantonsrat hat mit 120 Stimmen ein Mitglied des Steuerrekursgerichts für den Rest der Amtsdauer 2017–2023 gewählt ([KR-Nr. 2/2021](#)).

Der Kantonsrat hat einer Fristerstreckung für Bericht und Antrag zu einer Motion betreffend Einführung einer Gebühr für das Aufsuchen einer Notfallabteilung eines Spitals ohne Gegenantrag zugestimmt ([5725](#)).

Der Kantonsrat hat den Tätigkeitsbericht für das Jahr 2020 des Ombudsmannes ([KR-Nr. 243/2021](#)) mit 152 zu 0 Stimmen genehmigt.

Der Kantonsrat hat den Tätigkeitsbericht für das Jahr 2020 der kantonalen Datenschutzbeauftragten ([KR-Nr. 297/2021](#)) mit 159 zu 0 Stimmen genehmigt.

Den Kitas im Kanton Zürich entgingen aufgrund der ersten Welle der Coronapandemie im Frühling 2020 rund 30 Millionen Franken an Einnahmen. Der Kanton Zürich soll einen Drittel davon übernehmen, der Bund und die Gemeinden ebenfalls je einen Drittel. Der Kantonsrat hat in erster Lesung einer Vorlage zugestimmt, welche die Beteiligung des Kantons regelt ([5681](#)).

Die Regeln zur Altersbeschränkung und der Wohnsitzpflicht der Richterinnen und Richter der oberen kantonalen Gerichte sollen überarbeitet werden. Auch ein Verbot des Laienrichtertums an diesen Gerichten soll geprüft werden. Der Kantonsrat hat einer entsprechenden parlamentarischen Initiative der interfraktionellen Konferenz mit 146 Stimmen die vorläufige Unterstützung ausgesprochen ([KR-Nr. 421/2020](#)). Die Geschäftsleitung wird die Initiative nun einer Kommission zu Bericht und Antrag zuweisen.

Die Frist des Regierungsrates zur Stellungnahme zu parlamentarischen Initiativen wird nicht verkürzt. Der Kantonsrat hat einer parlamentarischen Initiative mit dieser Forderung mit 9 Stimmen nicht die vorläufige Unterstützung ausgesprochen ([KR-Nr. 430/2020](#)). Nötig gewesen wären dazu mindestens 60 Stimmen.

Der Kanton Zürich soll sich auf Bundesebene für ein Import-Verbot von Echtpelz aus tierquälerischen ausländischen Zuchten oder Wildfang einsetzen. Der Kantonsrat hat einer entsprechenden parlamentarischen Initiative der SVP mit 101 Stimmen die vorläufige Unterstützung ausgesprochen. ([KR-Nr. 441/2020](#)). Die Geschäftsleitung wird die Initiative nun einer Kommission zu Bericht und Antrag zuweisen.

Der Kanton Zürich soll im Bereich der Transparenz in der Politikfinanzierung eigene Regeln erlassen, und nicht auf eine Lösung des Bundes warten. Der Kantonsrat hat einer parlamentarischen Initiative von SP, GLP, Grünen, EVP und AL zu diesem Thema mit 120 Stimmen die vorläufige Unterstützung ausgesprochen ([KR-Nr. 442/2020](#)). Die Geschäftsleitung wird die Initiative nun einer Kommission zu Bericht und Antrag zuweisen.

(sda)